

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/187

1. Oktober 1974

Widersprüche und Ausflüchte aus Südwest

Die Sendung "Heißer Draht" verstieß eindeutig gegen die Pflicht zur Ausgewogenheit

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 1a / 73 Zeilen

"Die neue Zärtlichkeit" gar nicht so neu

Über den langen Prozeß, Vorurteile abzubauen

Von Dr. Helga Timm MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Plädoyer für eine Bundessteuerfahndungszentrale

Wirksames Instrument gegen Steuervergehen erforderlich

Von Dr. Hubert Weber MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 44 Zeilen

Das Gewissen wird wieder Privatsache

Zum grundsätzlichen Wegfall der Kriegsdienstverweigerer-Verfahren

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung und des Petitionsausschusses

Seite 6 / 33 Zeilen

Politische Mengenlehre

Zum Spiel im Unions-Lager mit einer zusätzlichen Partei

Von Fritz Sängler

Seite 7 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 130 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 06 88 848 - 48 ppbn d

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Widersprüche und Ausflüchte aus Südwest

Die Sendung "Heißer Draht" verstieß
eindeutig gegen die Pflicht zur Ausgewogenheit

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Im Staatsvertrag über den Südwestfunk, der am 1. Mai 1952 in Kraft getreten ist, heißt es im § 5 unter der Überschrift "Grundsätze für die Sendungen" im zweiten Absatz: "Der Südwestfunk darf nicht einseitig in den Dienst einer Regierung, politischen Partei, Kirche, religiösen Gemeinschaft, weltanschaulichen Richtung, eines Berufsstandes oder Interessenverbandes treten." Auf diese klar formulierte Verpflichtung für die Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt in Baden-Baden habe ich meine in einem Telegramm an den SWF-Intendanten Helmut Hammerschmidt getroffene Feststellung gegründet, daß die am vergangenen Samstagabend zur besten Sendezeit ausgestrahlte neueste Folge der Unterhaltungsreihe "Heißer Draht" als eindeutige Begünstigung der CSU kurz vor den bayrischen Landtagewahlen und damit als Verletzung rundfunkgesetzlicher Bestimmungen qualifiziert werden muß.

In einem am Montag übermittelten Fernschreiben des SWF-Intendanten wird auf diesen schwerwiegenden Vorwurf überhaupt nicht eingegangen. Dafür enthält die von mir erbetene Stellungnahme folgende erstaunliche Einleitung:

"Ihrem Telegramm habe ich entnommen, daß Sie für das Prinzip der Ausgewogenheit von Sachdarstellungen in jeglicher Sendung eintreten. Dem stimme ich grundsätzlich zu, aber dieses Prinzip ist nicht Grundlage der Programmarbeit. Wir haben bislang nur den Ausgleich innerhalb von Sparten und Sendefolgen, also über längere Zeiträume hinweg."

Dazu ist zu fragen: Helmut Hammerschmidt, der niemals in seiner publizistischen Laufbahn zimperlich in der Durchsetzung seiner Auffassung gewesen ist, bejaht ein Prinzip, verzichtet jedoch auf seine Verwirklichung? Und wo soll es denn Gültigkeit haben, wenn nicht in der Programmarbeit?

Weniger unlogisch, aber umso aufschlußreicher ist die Tatsache, daß der SWF-Intendant auf meinen Vorwurf der Verletzung journalistischer Kor-

rektheit ebenfalls nicht eingegangen ist. Oder hält er es etwa für korrekt, daß der Präsident des Deutschen Bauernverbandes eine einseitige, interessegeprägte agrarpolitische Halbwahrheit in das Bewußtsein von Millionen Zuschauern einspeisen darf, die zwingend der Ergänzung und Korrektur bedürft hätte? In diesem Zusammenhang erinnere ich mich sehr deutlich an eine von Helmut Hamerschmidt - damals allerdings speziell im Hinblick auf politische Fernseh-Magazine - zu Papier gebrachte grundsätzliche Forderung nach einem Dualismus - "audiatur et altera pars" - von Meinungsäußerungen über den Bildschirm.

Doch nicht nur Widersprüche, auch Ausflüchte tickerten dem SPD-Vorstand per Fernschreiben aus dem Südwesten gestern ins Haus: Im "Heißen Draht" vom Samstagabend sei "Ungleichgewicht in Vorwahlzeiten" schon deshalb nicht erzeugt worden, weil in dieser ausschließlich unterhaltenden Sendung "auch Politiker kaum zu politischen Aussagen gelangen". Angesichts von Inhalten und Ablauf der eindeutig auf Popularitätsgewinn für führende CSU-Politiker und die Verstärkung von Fehlinterpretationen und Vorurteilen innerhalb der in Bayerns Wählerschaft besonders wichtigen landwirtschaftlich orientierten Bevölkerungsschichten programmierten und von einem prominenten CSU-Wahlhelfer von 1972 als Stichwortgeber präsentierten Sendung kann diese "Argumentation" - insbesondere von einem Sachkenner der Effektivität des "Transportmittels" Unterhaltung für die politische Meinungsbildung - nur als Provokation aufgefaßt werden. Das Gleiche gilt für den Hinweis von Herrn Hamerschmidt, es sei ein Äquivalent für das CSU-Szenarium vier Wochen vor der Landtagswahl in Bayern, daß der bayrische SPD-Vorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel elf Wochen zuvor bei Fuchsberger aufgetreten ist. Auf diese Weise wird nur der Verdacht bestätigt, daß der bayrische SPD-Vorsitzende als Alibi für die SWF-Planung zugunsten der CSU herhalten sollte.

Es bleibt dabei: Die vom Südwestfunk zu verantwortende Sendung "Heißer Draht" vom vergangenen Wochenende war - und daran können irreführende und fadenacheinige Entlastungsversuche nichts ändern - ein Verstoß gegen die im Staatsvertrag über den Südwestfunk gesetzlich vorgeschriebene Pflicht zur Ausgewogenheit und korrekten Information in allen seinen Programmen.

Es ist beruhigend, erneut erlebt zu haben und noch laufend erleben zu dürfen, daß Verletzungen dieser Grundsätze beim Bildschirm-Bürger und damit bei den Wählern in unserem Lande auf eine sehr kritische Reaktion treffen. SWF-Intendant Hamerschmidt sollte Fuchsbergers "Heißer Draht" künftig demokratisieren und einen solchen Draht für das Publikum direkt ins Studio schalten lassen.

(-/1.10.1974/bgy/pr)

+ + +

"Die neue Zärtlichkeit" gar nicht so neu

Über den langen Prozeß, Vorurteile abzubauen

Von Dr. Helge Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Der Mordprozeß Ihms, bei dem in Itzehoe zwei Frauen vor Gericht standen, hat eine Entwicklung beschleunigt, die in den letzten Jahren von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt in Gang gekommen ist. Das ungeheure Interesse der Massenmedien an diesen beiden Frauen gilt deren Liebe wesentlich mehr, als ihrer Tat. Dabei ist es gar nicht das Verhältnis der beiden, was die Journalisten männlichen Geschlechts so aufwühlt, sondern die Tatsache, daß man darüber so ausführlich und täglich neu berichten kann. Weil diese Frauen gar keinen Hehl aus ihrer Beziehung machen.

Und plötzlich sprießen allerorten Berichte, "Bekanntnisse", "Beichten" im Blätterwald. Endlich darf man mal offen sagen, daß solche Verhältnisse eben nur mit Mord enden können. Endlich kann man sich mal die ganzen aufgestauten Vorurteile von der Seele schreiben, daß es ja nicht gut gehen kann, wenn Frauen Frauen oder Männer Männer lieben. Wenn es auch nicht immer gleich zum Mord führt, so doch zu Unmöglichkeiten, das Leben zu meistern, zu Unglück, Qual und Trauer. So wie bei der Berichterstattung über diesen Prozeß und alle Histörchen, die sich drumherum ranken, hat man noch nie den Zeigefinger einerseits haben und ihn andererseits in die Wunde legen können: es kann nur zum Untergang führen, wenn Menschen sich auf Wege wagen, auf denen die "öffentliche Meinung" ihnen bisher noch nicht zu folgen sich traut.

Und da Dinge, die unversehens die Öffentlichkeit beschäftigen, eigentlich "neu" sein müssen, heißt denn auch der Bericht im Nachrichtenmagazin "SPIEGEL": Die neue Zärtlichkeit. Vermutlich auch von männlichen Redaktionsmitgliedern zusammengestellt. Denn Frauen in der Redaktion hätten wohl gewußt, daß es gar nichts Neues ist, was hier so Wellen schlägt. Neu ist nur, daß man ungeniert darüber schreibt und redet - aber alt, uralte ist dagegen das Mißverstehen, dem die Diskussion ausgesetzt ist. Vor allem dies: daß vertrauensvolle und liebevolle Beziehungen zwischen Frauen unbedingt auch immer sexuelle Beziehungen sein müßten. Und dies: daß sexuelle Beziehungen zwischen Frauen immer ein "Mann-Frau"-Verhältnis sein müßten und daß sie sexuelles Interesse an Männern ausschließen.

Das ist alles ganz anders. Die Bestrebungen der Frauen von heute, ihr zeitgemäßes Selbstverständnis in unserer Gesellschaft zu finden, haben zwif-

schen beide Geschlechter viel Unruhe gebracht. Es fällt vielen Männern schwer, den Weg mitzugehen und zu einem neuen, beide Seiten zufriedenstellenden Miteinander zu kommen. Das führt dazu, daß Frauen häufiger ihre Probleme und Schwierigkeiten miteinander besprechen und dabei erfahren, daß sie Verständnis für ihre Vorstellungen vom Leben und für ihre Probleme bei Frauen eher finden, als bei vielen männlichen Partnern. Die Vertrautheit, die dadurch entstehen kann, ist oft nicht ohne Zärtlichkeit. In unserer streßbeladenen Zeit, in der immer weniger Menschen das Füreinander-da-sein erübrigen können, ist das Bedürfnis nach rücksichtsvoller, zärtlicher Begegnung bei Frauen und Männern groß.

Es scheint mir ganz normal und einleuchtend zu sein, daß solche Vertrautheit und das gute Gefühl, sich zu verstehen und sich helfen zu können, in manchen Beziehungen auch sexuelles Beisammensein einschließt. Ich meine, daß viel mehr Menschen das begreifen würden, wenn sie ohne Angst darüber nachdenken könnten. Die Männer ohne Angst, Frauen nicht mehr gewachsen oder ihnen als Partner nicht mehr wichtig zu sein - und Frauen ohne die von klein auf genährte Angst, sich überhaupt zu sexuellen Wünschen zu bekennen.

Erfreulicherweise haben bei einer Umfrage des Wickert-Instituts Anfang September 70 vH der Männer erklärt, sie hätten "nichts gegen lesbische Liebe"; 61 vH der befragten Frauen ebenfalls. Die Frage ist nur, an welche Art der Beziehungen die Befragten dabei gedacht haben: wahrscheinlich eben an solche Ersatz-Mann-Frau-Beziehungen, die man ohnehin nur bei einem verschwindend kleinen Teil von Frauen vermutet. Wie aber die Haltung gegenüber der Zärtlichkeit zwischen Menschen des gleichen Geschlechts im allgemeinen wirklich ist, wird einem an dem Wirbel klar, den die Berichterstattung über den Inna-Prozeß ausgelöst hat. Besonders interessant sind die Reaktionen auf den SPIEGEL-Artikel: Lächerlichmachen, Entrüstung, Hochmut, Abwerten als "völlig uninteressant", "völlig unpolitisch". Nur auf eine Reaktion stößt man nicht: Verständnis und die Bereitschaft, jedem Menschen die Art von Zärtlichkeit und die Wahl seines Partners zuzugestehen, die er braucht.

Es ist offensichtlich ein langer Prozeß, Vorurteile und Tabus soweit abzubauen, daß sie das Verhalten der Menschen untereinander nicht mehr beeinträchtigen.
(-/1.10.1974/ka/pr)

+ + +

Plädoyer für eine Bundessteuerfahndungszentrale

Wirksames Instrument gegen Steuervergehen erforderlich

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Der hessische Minister der Finanzen hat eine bundeseinheitliche Informationszentrale für Steuerfahndung, die von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden sollte, gefordert, um die Zusammenarbeit der verschiedenen Dienststellen in der Bundesrepublik künftig so zu gestalten, daß bereits vorhandene Erkenntnisse den beteiligten Ämtern möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden können. Auf diese Weise könnte man, ungehindert von Ländergrenzen, den Steuerbetrügern besser auf die Spur kommen.

Diese Anregung ist zu begrüßen. Denn jedes Jahr werden schätzungsweise dem Fiskus in der Bundesrepublik fünf Milliarden DM Steuern durch unentdeckte Steuerhinterziehungen entzogen. Dabei ist gerade auf diesem Gebiet die Dunkelziffer besonders groß.

Die Einrichtung einer Informationszentrale allein reicht hierzu jedoch nicht aus. Denn schon jetzt wird keine bei den einzelnen Oberfinanzdirektionen errichtete Steuerfahndungszentrale daran gehindert, mit ihren Kollegen in den einzelnen Ländern und sei es über regelmäßige Konsultationsgespräche auf Referentenebene den Gedanken- und Wissensaustausch zu üben. Die Vielfältigkeit der Steuervergehen einschließlich der Subventionskriminalität wird aber durch eine solche Informationszentrale allein nicht ausreichend bekämpft werden können. Von der Erschleichung der Steuervergünstigungen und Subventionen über eine Viel-

zahl steuerlicher Vergehen bis zur Steuerhinterziehung und der Nichtabführung von Lohnsteuern ist ein weites Feld, das den über Ländergrenzen hinweg operierenden Steuerverbrechern immer wieder Schlupflöcher eröffnet wird. Die in Zusammenhang mit Basisgesellschaften in den sogenannten Steuerparadiesen gegründeten Scheinfirmen erfordern eine überregionale Kenntnis, weil die Ermittlungsmöglichkeiten auf die Länderebene beschränkt sind. Andere Übeltäter, wie Vermögensberatungsfirmen, die all zu leicht rendite- und Sachwertgläubige Anleger hereinlegen oder Abschreibungsgesellschaften, die mit Hilfe unrichtiger Belege Abschreibungsverluste geltend machen, fordern überregionale Bearbeitungen.

Gerade die Ausstattung des Bundeskriminalamtes mit persönlichen und sachlichen Mitteln hat zu einer arbeits- und erkenntnisintensiven Behörde mit sichtbarem Erfolg geführt. Aus den gleichen Gründen wird eine bundeseinheitliche Steuerfahndungszentrale die in sie gesetzten Erwartungen rechtfertigen, nämlich ungerechtfertigte und kriminelle Steuervorteile zu verhindern, mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen und damit auch Schaden von dem gutgläubigen Steuerzahler abwenden und dem Staat die nötigen Einnahmen verschaffen.

Die auf Bundesebene zu errichtende Informationszentrale wird für die Einrichtung, die Arbeitsweise und die Effizienz der Arbeit wertvolle Erkenntnisse liefern und als Vorstufe einer Bundessteuerfahndungszentrale anzusehen sein.

(-/ 1.10.1974/ks/pr)

+ + +

Das Gewissen wird wieder Privatsache

Zum grundsätzlichen Wegfall der Kriegsdienstverweigerer-Verfahren

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für

Arbeit und Sozialordnung und des Petitionsausschusses

Die Würfel im Kabinett sind gefallen, das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wird generell abgeschafft. Dieser Schritt der Regierung Schmidt verdient hohes Lob. Allerdings: von ungefähr kam er nicht. Nahezu 40 SPD-Abgeordnete hatten eine Initiative zur Abschaffung des Prüfungsverfahrens gestartet. Bei den Freidemokraten tat sich Gleiches. Die Denkanstöße wirkten. 1976 wird das Gewissen, um es einmal salopp auszudrücken, wieder Privatsache sein.

Es ist zu hoffen, daß sich die Prüfungsausschüsse im Vorgriff auf die Gesetzesänderung bemühen, ihre Spruchpraxis zu überdenken. Erst dieser Tage bekam ich zwei Entscheidungen zugeschickt, die in der Tat den hanebüchernen Unfug gegenwärtiger Gewissensprüfung deutlich machen.

Fall I, geschehen zu Koblenz: Ein Student wird als Kriegsdienstverweigerer nicht anerkannt. Die Herren des Prüfungsausschusses hatten sich offenbar sehr gründlich mit der Person des Antragstellers befaßt. SPD-Mitglied sei er, er lese regelmäßig den "Spiegel" und die "Welt der Arbeit" und habe das Buch von Liepmann, Kriegsdienstverweigerung, gelesen. Der Antragsteller, so liest man in der Begründung, habe den Ausschuss nicht überzeugen können, "daß er nach seiner Gesamtpersönlichkeit außerstande ist, einem anderen ein Leid zuzufügen". Und: Der "sehr gewandte und sehr geschickte" junge Mann habe nur "ein rein formelles Lippenbekenntnis, ohne jede innere Bewegung oder Erregung vorgebracht". Fazit: Ein solches Gewissen sei keines, der Antrag sei abzulehnen.

Fall II, passiert in Ravensburg: Ein junger kaufmännischer Angestellter wird nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt, obwohl "er sein Anliegen mit teilweise entwaffnender Offenheit vertrat" und obwohl der Prüfungsausschuss einräumte, daß er "die Dinge so dargestellt hat, wie sie ihm selbst bewußt geworden sind". Denn: Der Antragsteller ist "nach der Überzeugung des Ausschusses noch nicht genügend in seiner Persönlichkeit gefestigt, sowie auch in seinen Gedankengängen noch nicht genügend gereift, daß man hier bereits von einer Gewissensentscheidung sprechen könnte". Es ist schon etwas Gewisses mit dem Gewissen.

Wollen wir froh sein, wenn derartige Sprüche demnächst der Vergangenheit angehören.
(-/1.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Politische Mengenlehre

Zum Spiel im Unions-Lager mit einer zusätzlichen Partei

Von Fritz Sänger

Es hat Jahre gegeben, in denen die Christlich-Demokratische Union den größten Wert darauf gelegt hat, daß es nur eine "christliche" Partei in der Bundesrepublik gäbe, daß die "Christen-Union" eine Einheit sei und so behandelt werden müßte, z.B. bei der Besetzung irgendwelcher Positionen oder Ämter oder Parlamentsausschüsse. Die legitime Einheit einer Fraktion im Bundestag wurde schlicht und bedenkenlos auf alle Chancen in allen Gremien übertragen, die sich boten oder zu bieten schienen. Nur wenn es etwa um die Rednerfolge im Bundestag oder um andere Vorteile ging, war das auch mal anders. Die Wissenden erinnern sich.

Dann hat es Jahre gegeben, in denen erst spürbar, dann sichtbar wurde, daß der Fleiß nachließ, mit dem die Einheit so stark betont wurde: Man sprach von den "Schwester-Parteien". Man wagte es zu sagen, daß CDU und CSU zwei Parteien seien, daß - hier wurde die Begründung erkennbar - der eine Vorsitzende nicht für den anderen sprechen könne. Das Spiel wurde erweitert, und eines Tages war jedermann klar, daß es vier Parteien im Bundestag gab und gibt.

Ob es sie immer geben wird, darum wird jetzt gespielt. Da rechnete man sich in München aus, daß eine neue Partei, die hinzukommen sollte - bitte, beachten: es wäre nicht die vierte, sondern eine fünfte! - vielleicht eine Hilfe sein könnte, die sozial-liberale Koalition an ihrer zähen Aufbau- und Sicherungsarbeit zu behindern oder gar zu verhindern. Andere im "Christen-Lager" (von einst) sind anderer Meinung. Das sei und bleibe die Sache der Opposition.

Aber es ist die Sache der deutschen Demokraten schlechthin, daß es mit den Zahlen und mit den Motiven stimme und daß die Konsequenzen nicht unbeachtet bleiben. Wir kannten schon einmal eine Parteien-Entwicklung, die genau so begonnen hatte, die hinauf schnellte und in einem einzigen Sturz hinabfiel, und nur eine Partei blieb übrig.

Halten wir fest: Vier Parteien sitzen heute im Deutschen Bundestag. In Landesparlamenten und Gemeindevertretungen sitzen schon fünf und mehr Gruppen, Gemeinschaften und Parteien, die um ihr Glück ringen. Die meisten hatten bisher keinen Zutritt zum Bundesparlament. Ob jetzt eine fünfte - oder wäre es schon die zehnte? - politische Partei mehr Glück hätte, die von denen gepapelt werden würde, die sich im Geiste verbunden fühlen im gleichen Ziel?

Ob der eine an die NPD denkt oder der andere an die Deutsche Union, die ja auch - was sind schon Namen! - Deutsche Soziale Union genannt werden könnte, es wird der gleiche Weg sichtbar, getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen. Es ist gleichgültig, ob Bad Harzburg diesseits oder jenseits der Grenzen der Bundesrepublik liegt, es liegt ganz nahe an einer anderen, unsichtbaren Grenze, die Demokratie von Willkürherrschaft trennt.

Mit anderen Worten: Wer ausgeht, um Wähler zu fangen und dies um jeden Preis unternimmt, der spielt mit dem Feuer. Macht muß in der Demokratie mit Vernunft errungen und mit Klarheit und Würde im Ziel und in der politischen Arbeit angewendet werden. Stimmenfang durch Manipulation ist Gift für die Sicherung dieses Restes des einstigen "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation". Was die einen von außen her tun, ist kein Vorbild für andere, die in der Freiheit leben.

(-/1.10.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller